



**Protokoll der 22. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, 21. August 2013, 18:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz:	Gemeinderatspräsident Christoph Regli
Namensaufruf:	36 anwesende Mitglieder
Entschuldigt:	Gemeinderatsmitglieder Eveline Buff, Ralph Hobor, Monika Landert und Christian Wälchli
Mitanwesend:	5 Stadtratsmitglieder
Gemeinderatssekretär:	Jost Kuoni

Traktanden

- 119 Mitteilungen
- 120 Protokolle der Sitzungen vom 19. Juni und 3. Juli 2013
- 121 Ersatzwahl von zwei Mitgliedern des Wahlbüros für den Rest der Legislaturperiode 2011/2015
(Nachfolge von Claudio Nägeli und Stephan Ballmann, beide Fraktion FDP/SVP/EDU)
- 122 Wahl des Präsidiums der Redaktionskommission
- 123 Ersatzwahl eines Mitglieds der GPK Gesellschaft und Sicherheit für den Rest der Legislaturperiode 2011/2015
(Nachfolge von Roland Wyss, Fraktion CVP/EVP)
- 124 Reglement über die Besoldung der Mitglieder des Stadtrates
Redaktionelle Beratung, Schlussabstimmung
- 125 Kommunale Volksinitiative "200'000 Franken sind genug" und Reglement über die Besoldung der Mitglieder des Stadtrates als direkter Gegenvorschlag
Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

Gemeinderatspräsident Christoph Regli: "Sehr geehrter Herr Stadtammann, Damen und Herren Stadträte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, besonders begrüsse ich heute Abend gerne Gemeinderat Michael Hodel. Er ist heute das erste Mal in seiner neuen Funktion an dieser Sitzung, nachdem ihn der Stadtrat mit Beschluss Nr. 196 vom 2. Juli 2013 als Nachfolger des zurückgetretenen Roland Wyss per 1. August 2013 als gewählt erklärt hat. Herzlich Willkommen!

Vorweg, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wieder einige an mich herangetragene good News: Dinge, die in aller Selbstverständlichkeit geschehen, aber eigentlich ein spezielles Lob verdienen würden.

- Es konnten sich in Frauenfeld zwei offizielle 1. August-Feiern über einen grossen Teilnehmerzustrom freuen.
- 'Sonne über Frauenfeld' - 'Sonnenblumen zum selber Schneiden': Dank Zusammenarbeit der Stadt mit Privaten ist es auch dieses Jahr möglich, schöne Sonnenblumen selber zu pflücken und mit dem fairen Preis einen guten Zweck zu unterstützen.
- Erfreulich ist sicher auch die Erteilung einer Baubewilligung zugunsten der Werkbetriebe für eine Photovoltaik-Anlage an der Industriestrasse 14.
- Die vierte erfreuliche Botschaft ist, dass die Stadtkanzlei ihre Lager reduziert und deshalb sind die Preise für interessante Artikel, wie Bücher, Videos und CDs sehr günstig. Machen Sie dafür Werbung, das kommt an bei den Leuten!

Heute werden wir vor allem über die Lohnsituation des Stadtammanns und der nebenamtlichen Damen und Herren Stadträtinnen und Stadträte sowie die entsprechende Volksinitiative diskutieren."

Der **Ratspräsident** stellt nach erfolgtem Namensaufruf fest, dass 36 Ratsmitglieder anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr liegt bei 19.

Die Traktandenliste wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig zugestellt. Seitens des Rates liegen dazu keine Bemerkungen vor. Somit gilt diese als stillschweigend genehmigt.

119

MITTEILUNGEN

Der **Ratspräsident** bittet um Entschuldigung, dass betreffend der Einladung für die heutige Sitzung zwei Anläufe notwendig waren.

119.1 'Mitenand-Fest' 2013

Auf den Tischen liegen die Einladung und die Broschüre zum 'Mitenand-Fest' 2013 auf. Der **Ratspräsident** würde sich freuen, wenn er dort am 7. September 2013 möglichst viele Ratsmitglieder treffen würde.

119.2 Fussballmatch Gemeinderat gegen Stadtverwaltung

Der FC Gemeinderat wird am Freitag, den 6. September 2013, Spielbeginn 18.30 Uhr, auf dem Hauptplatz der Sportanlage Kleine Allmend gegen die Stadtverwaltung den traditionellen Fussballmatch durchführen. Das Spiel dauert zwei Mal 30 Minuten.

119.3 Namensänderung Christa Zehnder

Christa Zahnd hat im Namensaufruf - wie gehört - ihren Vater überholt, weil sie wieder ihren ledigen Namen angenommen hat. Um die allfällige Verwirrung etwas zu lösen zitiert der **Ratspräsident** das Wesentlichste aus ihrer entsprechenden Info: "Marco und ich sind nach wie vor glücklich verheiratet".

119.4 Beantwortung von zwei Einfachen Anfragen

Die Einfache Anfrage betreffend "Stadt- und Regionalbuskonzept: Ziele, Vorgehen, Auftragnehmer" von Gemeinderat Benjamin Stricker wurde vom Stadtrat mit Beschluss Nr. 209 vom 9. Juli 2013 beantwortet.

Mit Stadtratsbeschluss Nr. 229 vom 6. August 2013 beantwortete der Stadtrat im Weiteren die Einfache Anfrage betreffend "Smart - Metering - Nutzen, Kosten und Transparenz" von Gemeinderat Christian Schmid.

119.5 Rücktritt von Gemeinderat Christian Schmid

Gemeinderatspräsident Christoph Regli: "Ich habe euch an der vorletzten Sitzung über den Rücktritt von Gemeinderat Christian Schmid informiert. Er ist Mitglied der Grünen Partei und tritt per Ende August 2013 zurück und ist damit etwas mehr als sechs Jahre Mitglied unseres Rates.

Als Gemeinderatspräsident obliegt mir die Pflicht, zurücktretende Ratsmitglieder zu verabschieden. Bei Christian Schmid geht es um ein sehr aktives Mitglied unseres Rates. Dies konnte ich während unserer gemeinsamen Zeit in der GPK Finanzen und Administration (2077 bis 2011) besonders gut beurteilen: Er war stets vorbereitet, stellte kritische Fragen und war aber häufig auch kompromissbereit, wenn es aus seiner Sicht vertretbar war. Natürlich muss man gelegentlich auch hartnäckig sein können - schön sicher vor allem auch dann, wenn ein Geschäft vielleicht fast unerwartet die Mehrheit findet, denken wir beispielsweise an den Dachausbau an der Gaswerkstrasse 13. Christian Schmid war in folgenden weiteren Kommissionen aktiv:

- Rechnungsprüfungskommission 2007 - 2011;
- Spezialkommission Bürgerrechtsverfahren;
- 2009 bis 2010 in den Parlamentarischen Spezialkommissionen
 - zur Vorbereitung der Teilrevision der GO und
 - für die Vorberatung des Einbürgerungsreglement
- und seit 2011
 - sowohl im Büro unseres Rates
 - als auch in der Fachkommission für den Fonds für erneuerbare Energien und Energieeffizienz.

Herzlichen Dank und Applaus für deine bisherige politische Arbeit für unsere Stadt - merci."

119.6 Ersatzwahl in den Gemeinderat

Mit Stadtratsbeschluss Nr. 197 vom 2. Juli 2013 wurde Peter Heri als Nachfolger des zurückgetretenen Christian Schmid per 1. September 2013 als gewählt erklärt.

119.7 Rücktritt aus dem Gemeinderat

Mit Schreiben vom 5. August 2013 teilt Gemeinderat Bruno Diethelm seinen Rücktritt aus dem Gemeinderat per 31. Dezember 2013 mit. Da Ende 2013 seine Pensionierung ansteht, möchte er sich von einigen seiner Aufgaben trennen, um Zeit für die Aktivitäten im Alter zu gewinnen. Der Stadtrat hat mit Beschluss Nr. 231 das Ersatzwahlverfahren eingeleitet.

Im Weiteren tritt Gemeinderat Bruno Diethelm per 30. September 2013 aus der GPK Finanzen und Administration aus, damit das nachfolgende Ratsmitglied bereits an den Sitzungen zum Voranschlag 2014 teilnehmen kann. Die Ersatzwahl in die GPK Finanzen und Administration findet an der Ratssitzung vom 18. September 2013 statt.

Die Würdigung der Leistungen von Gemeinderat Bruno Diethelm wird an der letzten Ratssitzung dieses Jahres stattfinden.

119.8 Rücktritt aus dem Wahlbüro

Wahlbüromitglied Martina Winkler wird aufgrund ihres Rücktrittsschreibens mit Stadtratsbeschluss Nr. 220 vom 6. August 2013 unter Verdankung der geleisteten Dienste aus dem Wahlbüro der Stadt Frauenfeld entlassen. Der Rat wird an einer der nächsten Sitzungen die Ersatzwahl auf Vorschlag der Fraktion CVP/EVP vornehmen.

119.9 Energieveranstaltungen

Der **Ratspräsident** verweist auf die den Ratsmitgliedern per heutigem E-Mail zugestellten Daten betreffend Energieveranstaltungen. Davon betroffen sind folgende Daten:

- 4. September 2013: Regierungsgebäude auf Energieentzug;
- 5. September 2013: Energetische Gebäudestrategien; Ort Casino;
- 7. September 2013: Sonderschau und Probefahrten mit Elektroautos auf dem Marktplatz.

119.10 Erlaubnis für Bildaufnahmen

Der **Ratspräsident** hat für die heutige Sitzung dem Fotografen der Thurgauer Zeitung, Reto Martin, erlaubt im Ratssaal Fotos zu machen.

119.11 Gemeindeparlamentstreffen in Arbon

Das Gemeindeparlamentariertreffen in Arbon am 30. August 2013 steht bevor und der **Ratspräsident** hofft, möglichst viele Ratsmitglieder dort anzutreffen.

120

PROTOKOLLE DER SITZUNGEN VOM 19. JUNI UND 3. JULI 2013

Bis heute sind beim Büro keine Protokollberichtigungsbegehren eingegangen. Wortmeldungen aus dem Rat sind keine vorhanden. Somit gelten die beiden Protokolle als stillschweigend genehmigt und werden dem Ratssekretär und den weiteren Beteiligten herzlich verdankt.

121

ERSATZWahl VON ZWEI MITGLIEDERN DES WAHLBÜROS FÜR DEN REST DER LEGISLATURPERIODE 2011/2015

(Nachfolge von Claudio Nägeli und Stephan Ballmann, beide Fraktion FDP/SVP/EDU)

Gemeinderat Bruno Diethelm schlägt namens der Fraktion FDP/SVP/EDU folgende zwei Personen vor:

Beim ersten Kandidaten handelt es sich um Timothy Duewell, General Weberstrasse 29, geboren am 10. Februar 1995, mit Heimatort Beckenried/NW. Ab 16. September 2013 ist er als Student an der ETH Zürich ansässig.

Bei der zweiten Person handelt es sich um Jacqueline Brunner, Bannhaldenstrasse 53, Bürgerort Hemberg SG, geboren am 16. März 1991. Sie ist Studentin für Wirtschaftsrecht an der ZHAW in Winterthur.

Es werden keine weiteren Wahlvorschläge unterbreitet. Diese Wahl kann somit gemäss Art. 56 Abs. 2 und 3 offen und in globo durchgeführt werden. Gegen dieses Wahlprozedere liegt seitens des Rates kein Einwand vor.

Ergebnis der offenen Wahl:

Die vorgeschlagenen Thimoty Duewell und Jacqueline Brunner werden mit sofortiger Wirkung einstimmig für den Rest der Legislaturperiode 2011/2015 als Mitglieder des Wahlbüros **gewählt**.

Der **Ratspräsident** gratuliert den Gewählten recht herzlich zur Wahl.

Nachträgliche Anmerkung zum Protokoll: Im Nachhinein wurde festgestellt, dass der Bruder von Thimoty Duewell, nämlich Tobias Duewell, bereits Einsitz im Wahlbüro hat. Art. 15 der GO sieht vor, dass eine Unvereinbarkeit vorliegt, wenn dem Wahlbüro gleichzeitig Geschwister angehören. Diese Wahl ist somit ungültig und für die Septembersitzung des Gemeinderats erneut zu traktandieren.

122

WAHL DES PRÄSIDIUMS DER REDAKTIONSKOMMISSION

Durch die Redaktionskommission wird Gemeinderat Heinrich Christ vorgeschlagen. Nachdem auch hier keine weiteren Wahlvorschläge geltend gemacht werden und keine geheime Wahl verlangt wird, erfolgt die Wahl ebenfalls offen.

Ergebnis der offenen Wahl:

Gemeinderat Heinrich Christ wird mit sofortiger Wirkung einstimmig mit Enthaltung des Gewählten für den Rest der Legislaturperiode 2011/2015 als Präsident der Redaktionskommission **gewählt**.

Der **Ratspräsident** gratuliert Gemeinderat Heinrich Christ sehr herzlich zur glanzvollen Wahl.

123

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DER GPK GESELLSCHAFT UND SICHERHEIT FÜR DEN REST DER LEGISLATURPERIODE 2011/2015

(Nachfolge von Roland Wyss, Fraktion CVP/EVP)

Gemeinderat Marcel Epper schlägt namens Fraktion CVP/EVP das neue Ratsmitglied Michael Hodel als zukünftiges Mitglied der GPK Gesellschaft und Sicherheit vor.

Es liegen keine weiteren Wahlvorschläge vor und seitens des Rates wird auch keine geheime Wahl verlangt, sodass offen gewählt werden kann.

Ergebnis der offenen Wahl:

Gemeinderat Michael Hodel wird mit sofortiger Wirkung einstimmig mit Enthaltung des Gewählten für den Rest der Legislaturperiode 2011/2015 als Mitglied der GPK Gesellschaft und Sicherheit **gewählt**.

Der **Ratspräsident** gratuliert Gemeinderat Michael Hodel recht herzlich zur Wahl.

124

REGLEMENT ÜBER DIE BESOLDUNG DER MITGLIEDER DES STADTRATES

Redaktionelle Beratung, Schlussabstimmung

Gemeinderatspräsident Christoph Regli: "Sie haben das 'Reglement über die Besoldung der Mitglieder des Stadtrates' mit Stand vom 9. Juli 2013, also nach der Sitzung der Redaktionskommission, erhalten. Die Korrekturen sind rot eingetragen. Es geht heute um eine reine Formrespektive Formulierungssache, da wir das Geschäft an der letzten Sitzung abschliessend materiell beschlossen haben. Die Redaktionskommission verzichtet auf das Wort, da alles klar ausgewiesen ist."

Das Wort aus dem Rat wird nicht ergriffen, sodass der **Ratspräsident** zur Schlussabstimmung übergehen kann.

Abstimmung: Der Gemeinderat stimmt dem Reglement über die Besoldung der Mitglieder des Stadtrates unter Einbezug der schriftlich beantragten Korrekturen der Redaktionskommission mit 33 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Der **Ratspräsident** hält fest, dass vorgesehen ist, dieses Reglement freiwillig gemäss dem nachfolgenden Traktandum dem Volk vorzulegen.

125

KOMMUNALE VOLKSINITIATIVE "200'000 FRANKEN SIND GENUG" UND REGLEMENT ÜBER DIE BESOLDUNG DER MITGLIEDER DES STADTRATES ALS DIREKTER GEGENVORSCHLAG

Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

(Botschaft Nr. 25 des Stadtrates an den Gemeinderat vom 9. Juli 2013 und Abstimmungsbotschaft Nr. 25a)

Gemeinderatspräsident Christoph Regli: "Für die Behandlung stehen uns die blaue Botschaft des Stadtrates an den Gemeinderat und die von der GPK vorgeschlagene Abstimmungsbotschaft zur Verfügung. Vorerst werde ich das Wort zum Eintreten erteilen. Da gemäss Art. 12 Abs. 2 unserer GO ein gültiger Initiativvorschlag mit einem Antrag zwingend der Gemeindeabstimmung unterbreitet werden muss und somit ein Eintreten im Fall der Gültigkeit obligatorisch ist, erwarte ich, dass im Rahmen der Eintretensdebatte nur über kritische Punkte zur Gültigkeit gesprochen wird. Somit wird vermutlich nur der Referent der GPK Finanzen und Administration sprechen. Ich bitte dies zu beachten und dementsprechend grundsätzliche Voten im zweiten Teil vorzubringen.

Anschliessend ans Eintreten werde ich nämlich die materielle Beratung über die Anträge 1 bis 4 gleichzeitig eröffnen, abschliessend bei Bedarf aber die Abstimmungsbotschaft separat. Schlussendlich werde ich über die Anträge der Botschaft abstimmen lassen. Bei Bedarf werde ich jeweils dem GPK-Sprecher und den Fraktionssprechern zuerst das Wort erteilen."

Seitens des Rates liegen keine Einwände gegen dieses Vorgehen vor.

Eintreten

Gemeinderat Peter Hausammann, Referent der GPK Finanzen und Administration: "Ich kann es kurz machen. In der Botschaft ist zutreffend dargelegt, dass die Initiative gültig ist. Die GPK beantragt Ihnen mit 6 zu 0 Stimmen Gültigerklärung. Damit wird dann das Eintreten obligatorisch."

Nachdem keine Wortmeldungen seitens des Rates vorliegen, stellt der **Ratspräsident** fest, dass die Gültigkeit und das Eintreten auf dieses Geschäft unbestritten sind und somit stillschweigend beschlossen werden.

Materielle Beratung

Gemeinderat Peter Hausammann, Referent der GPK Finanzen und Administration: "Die GPK beantragt Ihnen mit jeweils 6 zu 0 Stimmen die Initiative dem Volk zur Ablehnung zu empfehlen und das neue, soeben in der Redaktionslesung bereinigte Reglement über die Besoldung der Mitglieder des Stadtrates als Gegenvorschlag zur Annahme zu empfehlen sowie die Abstimmungsbotschaft gemäss der Fassung der GPK - das berühmte lachsfarbene Papier - zu genehmigen.

Zur Initiative

Die Initiative enthält nichts anderes als die Vorschrift, die Bruttobesoldung des Stadtmanns in der Stadtverfassung auf 200'000 Franken und diejenige der Mitglieder des Stadtrates bei einem 50%-Pensum auf 80'000 Franken zu begrenzen.

Die Initiative kam in der GPK schlecht weg. Reisserisch, populistisch, unnötig, Radikallösung wurde etwa gesagt. Diese zugegebenermassen harte Beurteilung ist durchaus gerechtfertigt:

1. Die Initiative nimmt keine Rücksicht auf die städtische Lohnstruktur.

Kaderleute würden mehr verdienen als ihr Chef, der jeweilige Stadtrat, der zudem die politische Verantwortung trägt. Das ist nicht richtig und nirgends bei der öffentlichen Verwaltung so. Das ist auch in Unternehmen selten, wenn wir mal von den Boni-Bänkern absehen.

2. Die Initiative ist unvollständig.

Sie betrifft nur den Maximallohn, nichts zu Spesen, nichts zu Mandatsentschädigungen, nichts zu Sitzungsgeldern und nichts zum Pensum.

3. Die Initiative ist willkürlich und extrem.

Eine Senkung um 21% der Bruttobesoldung beim Stadtmann und um 25% bei den nebenamtlichen Stadträten ist - die Zahlen zeigen es, da braucht es keine weiteren Werte - extrem und nicht begründbar.

4. Die Argumentation der Initianten ist irreführend.

Die Initianten behaupten, den nebenamtlichen Stadträten sei 2007 der Lohn um 25% erhöht worden. Das ist falsch und wird durch gebetsmühlenartiges Wiederholen nicht wahrer. 2007 wurde nicht über die Höhe der Besoldung diskutiert und entschieden, sondern über die Höhe des Pensums der nebenamtlichen Stadträte. Dieses wurde um einen Viertel erhöht, von gesamt-

haft 160% auf 200%. Das war und ist gerechtfertigt und wurde damals sauber abgeklärt und zwar nicht einfach nur, wie behauptet, wird aufgrund von irgendwelchen Aufschrieben der Stadträte. Natürlich hat man die Stadträte damals gebeten - das haben sie von sich aus auch gemacht -, ihre zeitliche Belastung aufzuschreiben. Abgesehen davon, dass ihre Belastung viel höher als 50% ist, hat man sich natürlich auch überlegt, was tatsächlich notwendig ist. Ein Pensum von durchschnittlich 50% für die vier Stadtratsmitglieder ist sicher nicht überrissen. Wie soll man eine Abteilung in einer Kantonshauptstadt mit 40% führen? Von Montagmorgen bis Dienstagabend? Oder vielleicht am Mittwoch und am Donnerstag? Es geht mit vier halben Tagen einfach nicht. Oder hätten Sie lieber 40% weniger Stadtratspensen, dafür beispielsweise vier zusätzliche Abteilungssekretäre?

5. Die Initianten wissen offenbar nicht, was Exekutivtätigkeit bedeutet.

Sie können nicht einfach aus dem Rathaus spazieren und alles abhaken und abschalten: Fast ständige Erreichbarkeit, grosse Verantwortung für wichtige Entscheide, die viele Menschen betreffen; wenig Privatsphäre, um nur drei Stichworte zu nennen. Natürlich man kann sagen, das stimmt, das gehört dazu, und natürlich - auch das kann man sagen - wird niemand gezwungen für ein Stadtratsmandat oder für das Amt des Stadtmanns zu kandidieren. Aber das alles wollen wir angemessen abgelten. Alles andere wäre unfair.

6. Die Initiative ist schädlich für Frauenfeld

Frauenfeld ist Kantonshauptstadt und Regionalzentrum. Wir wollen gute Leute, möglichst die Besten, auch für unsere Führungspositionen. Und wir wollen konkurrenzfähig bleiben und diese Leute gut bezahlen.

Der Initiative kommt immerhin ein Verdienst zu - eines - und damit komme ich

zum Gegenvorschlag

Die Initiative hat mitgeholfen, den Weg für eine saubere, transparente und umfassende Rechtsgrundlage für die Besoldung des Stadtrats zu ebnen. Bisher hatten wir nur separate, einfache und befristete Beschlüsse.

GPK und Gemeinderat haben in hoher Kadenz ein gutes, faires und vollständiges Besoldungsreglement erarbeitet. Ich verweise auf unsere Debatte an der letzten Sitzung und fasse kurz zusammen:

Das neue Besoldungsreglement bringt eine umfassende, transparente und ausgewogene Regelung der Löhne, Spesen und der Mandatsentschädigungen. Es setzt die Pensen fest und verlangt die Offenlegung der Interessenbindungen.

Die umstrittene Frage der Besoldungshöhe wird mit einer Anknüpfung an die städtische Struktur gelöst. Resultat ist hier ein gut eidgenössischer Kompromiss mit einer massvollen Reduktion des Lohnes und der Spesen. Ich wiederhole die Zahlen kurz:

- Anfangsbesoldung: minus 12,8% bzw. minus 11,2%;

- Maximalbesoldung: minus 4% bzw. minus 2,4%;
- Spesen: minus 20% bzw. minus 25,5%.

Die Besoldung ist somit neu in das städtische Lohngefüge eingebettet. Sie entspricht der Führungsverantwortung und der politischen Leitungsverantwortung des Stadtrats.

Unser Rat hat diese vernünftige Lösung nach kontroverser Diskussion mit erstaunlicher Geschlossenheit gutgeheissen. Ich erinnere: 35 Ja- gegen 2 Nein Stimmen bei 1 Enthaltung. Und er hat mit 37 Stimmen bei 1 Enthaltung die Absicht geäussert, dieses Reglement dem Volk als direkten Gegenvorschlag zur Initiative zur Abstimmung zu unterbreiten. Genau das setzen wir heute um.

Zur Abstimmungsbotschaft

Hier kann ich es kurz machen. Die Fassung der GPK ist meines Erachtens selbsterklärend. Die GPK hat sich vor allem intensiv mit der Stellungnahme des Gemeinderats befasst. Das ist eigentlich klar, weil die Stellungnahme des Gemeinderats auch der Gemeinderat zu machen hat. Es ist für den Stadtrat schwierig, dies zu machen. Deshalb war hier eine Umstrukturierung notwendig. Wir haben die Stellungnahme neu strukturiert und versucht, die Inhalte möglichst leserfreundlich und auf den Punkt gebracht zu formulieren. Den gemeinderätlichen Antrag an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger - Nein zur Initiative, Ja zum Gegenvorschlag - haben wir mit dem Antrag zur Stichfrage präzisiert: (natürlich) den Gegenvorschlag anzukreuzen.

Zum Schluss

Der Gegenvorschlag ist ausgewogen und vernünftig. Die Initiative ist das Gegenteil."

Gemeinderat Michael Lerch: "Ich spreche im Namen der Fraktion FDP/SVP/EDU zur Botschaft betreffend der kommunalen Volksabstimmung '200'000 Franken sind genug' und dem 'Reglement über die Besoldung des Stadtrates' als Gegenvorschlag.

Unsere Fraktion hat diese Botschaft Nr. 25 vom 9. Juli 2013 zusammen mit der durch die GPK 'Finanzen und Administration' überarbeiteten Abstimmungsbotschaft (lachsfarbene Version) an einer Fraktionssitzung beraten. Die Fraktion stimmte allen Anträgen mit einer Gegenstimme bzw. beim Antrag 3 mit einer zusätzlichen Enthaltung klar und deutlich zu.

Was sind die Gründe für dieses klare Ergebnis?

1. In der überarbeiteten Abstimmungsbotschaft wird dem Stimmbürger die Möglichkeit geboten, in Kürze einen guten Überblick über die beiden Vorlagen zu erhalten und sich aufgrund dieser Informationen bereits eine Meinung zu bilden. Im Detail wird der Stimmbürger über die einzelnen Nachteile der Initiative und die Vorteile des Gegenvorschlages informiert. Selbstverständlich erhalten auch die Initianten Platz, ihren Standpunkt darzulegen.
2. Aus Sicht der Fraktion zeigen die Lohnvergleiche in der Botschaft klar, dass unsere Exekutive im Quervergleich, sowohl schweizweit, aber auch kantonale, nicht massiv überbezahlt, aber auch nicht massiv unterbezahlt ist, sondern der gesamte Stadtrat angemessen besoldet wird.

Dies auch unter Berücksichtigung, dass unsere Exekutive nicht auf einen Personalstab zurückgreifen kann, welcher auch wieder hohe Kosten auslösen würde, sondern in diesem Bereich die Stadt sehr schlank organisiert ist. Somit wird auch klar dargelegt, wieso die Initiative zu weit geht.

3. Im Zusammenhang mit der Lancierung der Initiative '200'000 sind genug' wurde aber auch ein anderes Thema durch die Motion von Gemeinderat Peter Hausammann 'Besoldung des Stadtammanns und der übrigen Mitglieder des Stadtrates' aktuell, nämlich dass die heutigen Bedingungen für die Besoldung des Stadtrates zwar festgehalten sind, aber ein eigentliches Reglement, welches die Besoldung des gesamten Stadtrates klar und deutlich regelt, fehlt. Diese Regelung wurde nun mit dem Reglement über die Besoldung der Mitglieder des Stadtrates geschaffen. Unser Rat hat diesem Reglement an der Sitzung vom 3. Juli 2013 sehr deutlich zugestimmt. Ebenfalls stimmte dieser Rat noch deutlicher zu, dass dieses Reglement als Gegenvorschlag zur Volksinitiative '200'000 Franken sind genug' der Stimmbevölkerung von Frauenfeld vorgelegt wird.
4. Es mögen nun einige Leute denken, dass die Finanzlage bei der öffentlichen Hand für die Zukunft nicht gerade rosig aussieht und überall, wo nur möglich, gespart werden muss. Unsere Fraktion steht klar für einen sorgsamen Umgang mit den Finanzmitteln ein, welche der Stadt Frauenfeld zur Verfügung stehen. Wir sind klar und deutlich der Auffassung, dass wenn wir, gerade in Zeiten von knappen Finanzen, von unserer Exekutive Höchstleistungen verlangen, wir diese Leistungen auch angemessen entlohnen müssen. Hier gab es Stimmen in unserer Fraktion, dass die angemessene Entlohnung in der heutigen Höhe korrekt sei und überhaupt kein Handlungsbedarf notwendig ist. Fakt ist aber, dass in allen anderen Punkten das neue Reglement eine Klärung gegenüber der heutigen Situation bringt und der neue Lohn ein gut schweizerischer Kompromiss ist. Gemeinderat Peter Hausammann und ich haben uns übrigens nicht abgesprochen. Beide sind unabhängig zu dieser Lösung gelangt. Mit diesem Kompromiss können alle Beteiligten mehr oder weniger leben.

Zum Schluss noch dies: Die Initiative würde für den Stadtammann eine Lohnsenkung von 21% und bei den nebenamtlichen Stadträten gar von 25% nach sich ziehen und das praktisch per sofort. Ist ein solches Vorgehen für einen vorbildlichen Arbeitgeber, welcher die Stadt Frauenfeld in meinen Augen sein soll, statthaft? Ich meine nein! Für die Stadtrechnung hätte diese krasse Lohnsenkung auch praktisch kein Einsparpotenzial. Es geht jährlich um 161'000 Franken oder lediglich 0,1%.

Darum stimmen auch Sie, wie unsere Fraktion, den Anträgen in der Botschaft klar und deutlich zu und setzten Sie sich beim anschliessenden Abstimmungskampf für ein faires und deutliches Nein zur Initiative und Ja zum Gegenvorschlag und bei der Stichfrage für ein Ja zum Gegenvorschlag ein. Vielen Dank."

Gemeinderat Pascal Frey: " 'Die Würfel sind gefallen'. Diesmal geht es aber nicht um einen römischen Feldherren, sondern um das liebe Geld. Das Initiativkomitee möchte angeblich Steuern sparen und greift zur nächst besten Budgetposition, würfelt und schaut, was passiert. Und was gut geeignet dazu erscheint, sind die Stadtratslöhne. Weshalb? Weil ein Stadtrat mehr verdient als ein normaler 'Büezer'.

Auch ich verdiene in meinem angestammten Beruf nur einen Teil dessen, was unsere Stadtregierung bekommt, doch habe ich auch nur einen Teil der Verantwortung. Ich bestimme weder über

155 Mio. Franken noch über die Lebensqualität von 24'000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Hier geht es also darum, fair zu bleiben, sei es im Umgang miteinander oder in der Höhe der Besoldung. Denn wenn man etwas tiefer forscht, merkt man schnell, dass uns das aktuelle Modell, in dem die Stadträte viele Arbeiten selber und dazu noch gut erledigen, sehr viel mehr Geld als die 161'000 Franken einspart, wie es die Initiative würde. Ein einzelner Entscheid eines Stadtrates kann weit mehr Geld in den Sand setzen, also brauchen wir weiterhin gute Stadträte. Und diese verdienen eine entsprechende Entlohnung ebenso wie ein angemessenes Pensum. Denn die vom Initiativkomitee so in den Dreck gezogenen und anscheinend nicht korrekten 50%-Pensen der sogenannten 'nebenamtlichen' Stadträte sind nötig, wenn die Arbeit sauber erledigt werden soll. Wir wollen keine neuen Stabstellen schaffen, die ein Vielfaches der 'eingesparten' Gelder brauchen.

Gewürfelt wird vom Initiativkomitee nicht nur mit den Löhnen, sondern auch bei der Ausarbeitung ihres Vorschlages. Dieser wäre im Vergleich zur heutigen Situation nämlich sogar ein Rückschritt. Da ist der von unserem Rat ausgewogene und breit abgestützte Gegenvorschlag um Welten besser, und deshalb sind wir klar gegen die Initiative und für den Gegenvorschlag.

Gemeinderat Marcel Epper: "Die Fraktion CVP/EVP hat sich ebenfalls eingehend noch einmal einerseits mit der Botschaft und andererseits mit der Abstimmungsbotschaft in der Version der GPK auseinandergesetzt.

Für und wider, sowohl des Gegenvorschlags als auch der Volksinitiative, haben wir anlässlich der letzten Gemeinderatssitzung einlässlich diskutiert. Unsere Fraktion hat sich damals bei einer Enthaltung einstimmig für den Gegenvorschlag ausgesprochen und dies wird auch heute so der Fall sein.

Wir haben weder in der Botschaft noch in der Abstimmungsbotschaft, geschweige denn bei den Argumenten der Volksinitiative zusätzliche Informationen gewonnen, die eine Änderung unserer Haltung bewirken würden.

Ich erspare es mir daher heute, noch einmal einzelne Argumente vorzutragen. Diese können einerseits im entsprechenden gemeinderätlichen Protokoll nachgelesen werden und andererseits haben diese Platz in der stadträtlichen Botschaft und in der Abstimmungsbotschaft gefunden.

Lange Rede, kurzer Sinn - unsere Fraktion wird den Anträgen zustimmen, bei den Anträgen zwei und drei mit einer Enthaltung."

Gemeinderat Christian Schmid: "Ich spreche im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP.

Wir haben in der vergangenen Sitzung den Gegenvorschlag zu dieser Initiative in unserer Fraktion einstimmig befürwortet. Wir werden auch entsprechend diese Initiative einstimmig ablehnen. Wir sind für eine angemessene und transparente Entschädigung unseres Stadtrates. Die Initiative '200'000 Franken sind genug' erfüllt unserer Ansicht nach diese Kriterien aus folgenden Gründen nicht:

1. Die von der Initiative verlangten reduzierten Löhne liegen klar unter dem Mittel von vergleichbaren Schweizer Städten. Der Gegenvorschlag dagegen schlägt ein Lohnniveau vor, das diesem Durchschnitt entspricht. Die Vergleichszahlen dazu sind in der Botschaft aufge-

führt. Ich denke, da lohnt es sich einmal, dies genauer anzuschauen. Dann sieht man, dass wir hier wirklich in einem Mittel stehen.

2. Die Initiative legt ohne Not ein starres Lohnniveau für den Stadtrat fest, das überhaupt nicht der heutigen Praxis in öffentlicher Verwaltung und Privatwirtschaft entspricht. Der Erfahrungszuschlag hingegen, den der Gegenvorschlag vorsieht, entspricht der heutigen Realität mit Lohnklassen und Lohnerhöhungen aufgrund von mehr Erfahrung/Leistung.
3. Die von der Initiative geforderten Löhne liegen auch völlig quer zur Lohnstruktur in der Stadtverwaltung. Es kann unserer Meinung nach nicht sein, dass Angestellte der Stadtverwaltung mehr verdienen als ihre Vorgesetzten, die die Verantwortung für ihre Arbeit tragen. Der Gegenvorschlag orientiert sich an den Löhnen der Stadtverwaltung und bringt hier eine sinnvolle Abstufung.
4. Die Initiative ist einseitig auf den Lohn fokussiert. Sie ist darum ein löcheriger Emmentaler, der eben keine umfassende Regelung der Besoldung insgesamt vorsieht, denn es fehlen Angaben zu Spesen, Sitzungsgeldern für andere Tätigkeiten und Offenlegung von Interessenbindungen. All das ist hingegen im Gegenvorschlag klar und transparent definiert.

Unser Fazit: Die Initiative ist ein unausgeglichener Schnellschuss, der eine massive, nicht durchdachte starre Lohnsenkung beinhaltet, ansonsten aber die stadträtliche Besoldung überhaupt nicht regelt. Wir lehnen diese Initiative darum ab. Betreffend der Abstimmungsbotschaft sind wir über die Überarbeitung erfreut, die Peter Hausammann als Mitglied der GPK vorhin beschrieben hat. Insbesondere finden wir die tabellarischen Darstellungen einleuchtend, die wirklich dann nebeneinander vergleichen, was ist der heutige Zustand, was bringt die Initiative und was bringt der Gegenvorschlag.

Schliesslich möchte unsere Fraktion noch Folgendes festhalten:

- Die im Jahre 2007 vom Gemeinderat bewilligte Pensenerhöhung der nebenamtlichen Stadträte erfolgte aufgrund detailliert nachgewiesener Arbeitszeiten. Das Initiativkomitee behauptet nun gebetsmühlenartig - es wurde auch schon erwähnt -, dass es sich hier um eine Lohnerhöhung handelt. Das ist aber falsch. Es war eine Anpassung der Pensen. Wir finden, dass solche Aussagen nicht nur polemisch, sondern schlicht und einfach falsch sind. Wir weisen sie kategorisch zurück.
- Im Weiteren gefällt uns als Fraktion auch nicht immer, was die Mitglieder des Stadtrates vertreten, tun oder lassen. Doch das sollte aber klar nicht mit der Frage der Entschädigung vermischt werden. Die Entschädigung darf nur an den Aufgaben und der Verantwortung des Amtes gemessen werden. Stadträte, die einem nicht passen, kann man alle vier Jahre abwählen. Ihnen aber den Lohn willkürlich zu senken, weil man mit politischen Entscheiden von ihnen nicht einverstanden ist, finden wir unsachlich und kurzfristig gedacht."

Gemeinderat Fredi Marty: "Ich spreche im Namen der Bewegung 'Menschen für Frauenfeld' (mprof) und erlaube mir ein paar grundsätzliche Bemerkungen, wie vorhin von den Fraktionen gehört. Ich werde nicht auf die stadträtliche Botschaft eingehen, aber zur Abstimmungsbotschaft ein paar Korrekturen anbringen, denn ich muss schon sagen, Sie fahren da schweres Geschütz gegen uns als Initiativkomitee auf."

In der vorliegenden Abstimmungsbotschaft sind die Argumente des Initiativkomitees auf zwei Seiten sehr knapp zusammengefasst - dies im Vergleich zum schweren Geschütz, wie ich schon sagte, unserer Gegner. Sehr ausführlich, politisch versiert und juristisch beschlagen wollen Sie den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern die scheinbare Untauglichkeit unseres Volksbegehrens vor Augen halten. Die Initiative sei 'extrem' und 'unfair', ist zu lesen. Und: 'Der Gegenvorschlag ist ausgewogen und vernünftig'.

Dieser Einschätzung wird unser Rat heute Abend folgen. Der direkte Gegenvorschlag wird in der Botschaft als zukunftsweisende Ideallösung gepriesen: ein Reglement über die Besoldung der Mitglieder des Stadtrates, das bei genauerer Betrachtung ein Lohngeschenk mit eingebautem Erfahrungsbonus ist.

Unser Komitee wird in den kommenden Wochen und Monaten versuchen, die Frauenfelder Bevölkerung mit unseren Argumenten zu überzeugen. Heute Abend können Thomas Gemperle und ich sagen, was wir wollen - hier im Saal wird uns kaum jemand unterstützen. Wir vertrauen auf die 924 Unterschriften, die aus allen Bevölkerungsschichten eingegangen sind.

Die vier Mitglieder des Initiativkomitees haben sich bemüht, ihre Argumente sachlich, fair und in gebotener Kürze darzulegen. Ich gebe zu, dass es schwierig ist, das bisherige Lohnsystem personenunabhängig in Frage zu stellen. Ausgangspunkt für unsere Initiative waren nun mal die zu hohen Löhne des Stadtammanns und der amtierenden Stadträte. Deshalb können wir nicht umhin zu betonen, dass bei Inkrafttreten des Gegenvorschlags drei von vier Stadträten nur eine marginale Lohnkürzung von 2'500 Franken jährlich in Kauf nehmen müssten, sofern sie ab Juni 2015 weiterhin im Amt bleiben. Das müssen die Stimmberechtigten und Steuerzahler von Frauenfeld wissen. Ich werde in der materiellen Beratung auf diesen Punkt zurückkommen und dazu einen Antrag stellen."

Der **Ratspräsident** bittet aufgrund eines Zwischenrufs von Gemeinderat Peter Hausammann, der darauf aufmerksam macht, dass man sich ja bereits in der materiellen Beratung befinde, solche zu unterlassen.

Gemeinderat Fredi Marty: "Zum durchschnittlichen 50%-Pensum eines nebenamtlichen Mitglieds des Stadtrates muss ich Sie einmal mehr auf die Botschaft des Stadtrates vom 10. April 2007 verweisen. In diesem Papier gaben die Stadträte ihren Arbeitsaufwand in Stunden pro Jahr an. Deshalb ist das 50%-Pensum in unseren Augen 'angeblich', insbesondere für mich, der als Leiter des Informationsdienstes während fast 16 Jahren einen realistischen Einblick in die Arbeit aller Abteilungsvorstände hatte.

Woher unsere junge Kollegin Sandra Kern wissen möchte, dass ein Pensum von 50% 'sicherlich gerechtfertigt' sei, ist mir seit der letzten Sitzung noch immer ein Rätsel, ebenso wie die Kritik von Kollege Christian Schmid, der mir vorwarf, ich hätte keine eigenen Daten vorgelegt. Letztlich ist das tatsächliche Pensum wohl eine reine Glaubenssache.

Für diesen Gemeinderat hier und heute aber dürfte kaum in Frage stehen, was der damalige Gemeinderat beschlossen hat, nachzulesen auf Seite 4 der vorliegenden Botschaft: 'Das Gesamtpensum der vier nebenamtlichen Stadtratsmitglieder wurde vom Gemeinderat per 1. Juni 2007 von 160 auf 200% - ich zitiere - *aufgrund der ausgewiesenen und notwendigen zeitlichen Belastung* erhöht.' Und dass es dabei um eine Lohnerhöhung geht, meine Damen und Herren,

können Sie einfach nicht abstreiten. Ich habe früher schon gesagt, dass wir nicht von Pensenerhöhungen, sondern von Lohnerhöhungen reden müssen. Ich werde in der materiellen Beratung, wo wir noch nicht sind, auf einen Antrag verzichten, diese Begründung, die ich als reine Behauptung werte, sei zu streichen. Es hat leider zu viele Gläubige im Rathaussaal.

Aber ich werde mir erlauben, in der materiellen Beratung zwei Anträge zu stellen, wenn wir seitenweise durchgehen. Vorher hätte ich aber vom Präsidenten der zuständigen Geschäftsprüfungskommission sehr gerne eine Antwort auf folgende Frage: Wie erklären Sie uns, Herr Kollege Hotz, dass der Lohn des Stadtmanns seit bald vier Jahren bei gut 253'000 Franken verharrt? Ich verstehe das nicht. Ehrlich gesagt, da komme ich nicht mehr mit.

In einem Leserbrief, der Ende Dezember 2009 in der 'Thurgauer Zeitung' veröffentlicht wurde, nahm ich Bezug auf die Zeitung 'Sonntag'. Dies veranlasste unser Lokalblatt am 28. Dezember 2009 zur viel beachteten Schlagzeile: 'Frauenfelder Stadtmann verdient mehr als Zürichs Stadtpräsidentin'. Der 'Sonntag' hatte in einem schweizerischen Lohnvergleich für unseren Stadtmann ein Salär von 252'700 Franken ermittelt. Das war 2009. Die Lohndiskussion war somit lanciert und hält, wie wir sehen, bis zum heutigen Tage an.

Ich bin mir sicher, dass in diesem Betrag die Spesen von 22'519 Franken nicht enthalten waren. Wie ist diese Stagnation des Lohnes möglich? Ich nehme ja nicht an, dass unserem Stadtmann die Teuerung vorenthalten wurde. Ich danke Ihnen für eine klärende Antwort, Herr Kollege Hotz. "

Gemeinderat Andreas Elliker: "Ich spreche als Präsident des Komitees 'Fairer Stadtratslohn'. Dieses Kernkomitee besteht aus elf Gemeinderäten von beinahe allen Frauenfelder Ortsparteien, welche den Gegenvorschlag unterstützen. Dieses Komitee arbeitet bereits seit mehr als acht Monaten für den Abstimmungskampf.

Weshalb

Als ich neu im Gemeinderat war, konnte ich nicht beurteilen, ob der Lohn der Stadträte auf dieser Höhe berechtigt ist. Ich war dem gegenüber auch sehr kritisch. Nun bin ich seit gut zwei Jahren im Gemeinderat und konnte mir einen Einblick über die Arbeit des Stadtrats machen. Mein Fazit: Ein Stadtrat hat keinen einfachen Job.

Es ist auch klar, dass es dieser nicht jedem Recht machen kann. Er muss aber die Mehrheit des Volkes vertreten. Wenn er einen Fehler macht, ist es immer einfach, einen solchen hoch zu pauschen. Wer macht an seinem Arbeitsort nicht auch einen Fehler? Nur kommt es dort nicht an die Öffentlichkeit.

Schwierigkeit eines Stadtrat-Jobs

Persönlich stehe ich ebenfalls im Spagat von mehreren Aufgaben. So kann ich mit den Stadträten mitfühlen. Ein Stadtrat ist immer Stadtrat, dies auch am zweiten Arbeitsplatz, beim Einkaufen oder im Urlaub. Dazu muss er sich alle vier Jahre zur Wiederwahl stellen. Eine nicht zu vernachlässigende Schwierigkeit des nebenamtlichen Stadtratsamts ist folgende: Wie sind zwei 50%-Ämter miteinander zu kombinieren? Wie sehen die Chancen im angestammten Beruf aus?

Hier läuft man leicht Gefahr, auf einem Abstellgeleise zu enden, weil man zu wenig präsent ist. Das Stadtratsamt wird immer Vorrang haben - sonst ist man schnell abgewählt.

Langfristige Kosten

Es ist auch mein Anliegen, dass mit dem Steuerfranken sorgfältig umgegangen wird, aber am richtigen Ort. Es ist wie auf einer Baustelle, wo verschiedene Varianten zum Ziel führen. Man sollte diejenige Variante wählen, welche langfristig zum Ziel führt und nicht diejenige, welche in ein bis zwei Jahren den grössten Gewinn bringt. Die Banken haben es uns schon genug gezeigt, was dann passiert.

In Grossfirmen wurden aus Kostengründen Mitarbeiter im Alter von 55 Jahren entlassen, da die Lohnkosten zu hoch waren. Sie wurden durch Junge ersetzt. Die Erfahrung der über 55-jährigen fehlte dann aber komplett. Dadurch erhöhten sich die Kosten zusätzlich, wodurch die Einsparungen auf der Strecke blieben. Bei guten Stadträten gewinnt die Bevölkerung vor allem, wenn eine gewisse Kontinuität vorhanden ist. Es gibt genügend Thurgauer Gemeinden, denen dies zum Verhängnis wurde.

Vorbild

Der Hauptgrund, weshalb ich meine Zeit für faire Stadtratslöhne einsetze, ist die Art und Weise wie man vorgegangen ist. Diese Initiative wurde ohne System und die nötige Sensibilität gestartet. Dazu sind mit der Initiative keine Details geklärt. Diese müssten erst noch geschaffen werden. Nur beim Gegenvorschlag gibt es ein auch von der Bevölkerung nachvollziehbares System.

Frauenfeld hat eine gute Politikultur, wo man auch die andere Meinung stehen lässt. Dies war bis jetzt gegenüber der Bevölkerung immer vorbildlich. Der kurzsichtige Schnellschuss der Initianten gilt es mit dem fairen, gut abgestützten und durchdachten Gegenvorschlag zu korrigieren.

Abstimmung

Viele Frauenfelderinnen und Frauenfelder haben diese Initiative unterschrieben - logischerweise ohne den Gegenvorschlag zu kennen. Ich bin überzeugt, dass viele von diesen Unterzeichnern dem Gegenvorschlag den Vorzug geben, weil er nachhaltiger ist. Die Nachhaltigkeit kommt beim Unterschreiben einer Initiative auf der Strasse gelegentlich zu kurz. Es ist auch richtig, dass jetzt eine Volksabstimmung kommt. Die Volksrechte müssen eingehalten werden, denn das ist das Wichtigste in der Demokratie.

Wir - ein Komitee aus zahlreichen Gemeinderäten, welches schon viel gearbeitet hat - stehen für Werte statt Willkür. Wir werden uns dabei voll und ganz für den Gegenvorschlag einsetzen. Sicher kann nicht jeder zu 100% dahinter stehen. Manchmal muss man auch zu 80% JA sagen. Nur so kommt die Gesamtbevölkerung weiter. Oder wie man schon früher sagte 'einen gut schweizerischen Kompromiss machen'.

Nun hoffe ich auf einen sachlichen und fairen Abstimmungskampf. Weitere Informationen vom Komitee 'Fairer Stadtratslohn' gibt es morgen an der Medienkonferenz - und hoffentlich dann ab Freitag in den eingeladenen Medien. "

Gemeinderat Thomas Gemperle: "Lassen Sie mich kurz zurückblicken. Frühling 2012. Ein Jahr davor wurde der Stadtrat mit einem Glanzresultat wiedergewählt. Keine Kritik weit und breit. Das schien uns ein geeigneter Zeitpunkt zu sein, um ein etwas heikles Thema zu lancieren, nämlich eine sachliche, personenunabhängige Diskussion über die angemessene Entschädigung unserer Exekutive. Die Arbeit der Stadträte in diesem Zusammenhang zu kritisieren war nie meine Absicht. Wenn ein Politiker seinen Job nicht richtig macht, muss man ihn abwählen und nicht den Lohn kürzen. Leider haben die Architekten des Gegenvorschlages mit dem Erfahrungsbonus eine Komponente ins Spiel gebracht, die uns dazu zwingen wird, die marginale Kürzung bei vier von fünf Stadträten konkret aufzuzeigen. Wir müssen dem Bürger reinen Wein einschenken.

Noch eine zweite Bemerkung zur Vorgeschichte: Die äusserst mangelhafte Transparenz hat uns stark beschäftigt. So hat uns der Herr Stadtammann zur Lohnfrage beinahe zwei Monate mit einer Antwort vertröstet. Die einigermaßen konkrete Antwort war dann der Nettolohn. Spesen und Lohnnebenleistungen wurden uns von höchster Stelle verschwiegen, obwohl wir explizit danach gefragt haben. So konnten wir uns auch bei den Spesen nur auf Medienberichte abstützen. In einem entsprechenden Artikel hat der frühere Finanzverwalter einmal die Zahl von 18'000 Franken genannt. Von dieser Zahl sind wir bis zuletzt ausgegangen, was wir auch entsprechend kommuniziert haben. Es erstaunt daher schon sehr, wenn in der Abstimmungsbotschaft gegenüber dem Stimmbürger suggeriert wird, wir würden höhere Spesen befürworten. Das ist schlicht unredlich. Unsere Initiative sagt nichts zu den Spesen. Es ist für uns sonnenklar, dass bei Annahme der Initiative dieses Reglement des sogenannten Gegenvorschlages als Grundlage für die Umsetzung verwendet werden kann. Es müsste nur das Maximum bei den Löhnen angepasst werden. Und das Umding Erfahrungszuschlag, das unseres Wissens in keiner anderen Gemeinde praktiziert wird, würde dann wohl fast wie von alleine aus dem Reglement fliegen.

Unsere Argumente für die Initiative haben Sie vor sich liegen. Ich werde daher an dieser Stelle meine Kritik an den anderen Seiten der Botschaft kundtun. Ich beginne auf Seite 5.

Lohnvergleiche: Hier wird mit allen Mitteln versucht darzulegen, warum ein Lohnvergleich beinahe unmöglich scheint. Weiter unten werfen Sie den Initianten vor, die Lohngrenzen willkürlich vorgenommen zu haben. Fakt ist: Wir haben uns intensiv mit Löhnen, Anforderungen und dem Arbeitsmarkt beschäftigt. Und diese können sehr wohl eingeordnet und mit verschiedenen Kriterien verglichen werden. Natürlich sind Einwohnerzahlen nicht das alleinige Kriterium, sagen jedoch einiges darüber aus, in welcher Grössenordnung eine Verwaltung zu führen ist. Die Aussage, dass der Stadtammann keine persönlichen Mitarbeiter oder Stabspersonal hat, darf zumindest angezweifelt werden. Richtig ist, dass es keine Angestellten mit diesen Titeln gibt. Was nicht heisst, dass niemand solche Unterstützungsaufgaben im Rathaus übernimmt.

Auf Seite 5, unten, wird erwähnt, dass die Besoldung der Stadträte mit einem Zuschlag zum Maximum der obersten Lohnklasse festgelegt werden müsste. Dies ist im Gegenvorschlag mit 93% bei den nebenamtlichen Stadträten jedoch nicht der Fall. Botschaft und Reglementstext widersprechen sich da meines Erachtens. Vielleicht kann mir diese Diskrepanz noch jemand erklären.

Vergleiche mit dem Kanton Thurgau: Es erstaunt nicht, dass nur die höchsten Löhne aufgeführt werden. So macht es den Anschein, dass die von der Initiative vorgeschlagenen Löhne viel zu tief wären. Löhne von z.B. Bezirksrichtern wurden wohlweislich nicht erwähnt.

Der Kanton habe ab 1. August einen Systemwechsel zu einer erfahrungsbezogenen Entlohnung bei den Bezirksrichtern eingeführt: Das stimmt so natürlich nicht ganz. Es gibt beim Kanton Stellen, die einen Zuschlag auf das Maximum der obersten Besoldungsklasse erhalten. Dies sind grob gesagt der Regierungsrat und Mitglieder der kantonalen Gerichte. Alle anderen Angestellten, auch die Mitglieder der Bezirksgerichte, sind in den normalen Lohnklassen eingeteilt und erhalten prinzipiell leistungsorientierte Lohnanpassungen. Ein Spezialfall sind dabei die Mitglieder von Rekurskommissionen, Bezirksgerichten, KESB, Friedensrichter und Betreibungsämter. Besoldungsanpassungen dieser Stellen finden erfahrungsbezogen statt, das ist richtig. Jedoch immer unter - ich zitiere: *'Berücksichtigung der jährlichen Richtlinien des Regierungsrates für das übrige Staatspersonal'*. Und das nicht erst ab dem 1. August. Zudem zitiere ich weiter: *'Funktionen mit erfahrungsbezogener Besoldungsanpassung dürfen 145% des massgebenden Klassenminimums nicht überschreiten'*.

Oder anders gesagt: Es gibt auch beim Kanton niemanden mit einem Grundlohn, der 100% des Maximums der höchsten Besoldungsklasse übersteigt, und der obendrauf noch einen Erfahrungszuschlag erhält. Bei den in der Botschaft erwähnten Bezirksrichtern, die übrigens in der anderen Lohn-Vergleichstabelle in der Botschaft nicht aufgeführt werden, sprechen wir beim Präsidium von einem tieferen Lohn als der im Gegenvorschlag vorgesehenen für den Stadtmann.

Und ja, es gibt beim Kanton auch niemand mit einem fixen Erfahrungszuschlag, der nicht an die gesamtwirtschaftliche Situation gebunden wäre. Dieser Automatismus ist absolut unüblich. Von einem Systemwechsel beim Kanton kann keine Rede sein.

Zu den Argumenten des Gemeinderates:

Die Initiative schlage willkürliche Löhne vor: Wir haben uns intensiv mit der Materie beschäftigt und sind überzeugt, dass die von uns vorgeschlagenen Löhne marktüblich und den Aufgaben angemessen sind.

Die Initiative wolle eine extreme Lohnsenkung: Wenn der Lohn extrem zu hoch ist, braucht es eine entsprechende Senkung. Interessant ist ja, dass der sogenannte Gegenvorschlag die Spesen in einem ähnlichen Mass senkt, wie die Initiative die Löhne. Erstaunlicherweise ist diese Spesen-senkung dann aber natürlich nicht willkürlich und nicht extrem. Für die starke Lohnsenkung haben wir Grundlagen. Haben Sie es für die Spesen auch?

Allgemein zu dieser Spesen-Tabelle: Es ist unerhört, wie dem Stimmbürger suggeriert wird, dass wir für höhere Spesen seien. Sie wissen ganz genau, dass dies nicht so ist und die Spesen nicht Bestandteil der Initiative sind. Wir konnten aufgrund der mangelnden Transparenz gar nichts in diese Richtung unternehmen, da diese Tatsachen nicht bekannt waren. Als damalige Nichtmitglieder des Gemeinderates hatten wir keine Handhabe, etwas dazu zu erfahren. Die entsprechenden direkten Anfragen wurden, wie eingangs erwähnt, nicht beantwortet. Wie Sie vielleicht auch wissen, ist es nicht das Ziel einer Initiative ins Detail zu gehen. Das ist dann Aufgabe des Gemeinderates. Sie vermischen hier Dinge, obwohl Sie die politischen Prozesse besser kennen müssten. Wie schon eingangs erwähnt, gehen wir bei einer Umsetzung der Initiative davon aus, dass dieses Reglement neu aufgelegt und an die neuen Gegebenheiten angepasst wird.

Die Initiative bringe keine wesentlichen Einsparungen: Dies zeigt nur der mangelnde Respekt vor dem Steuerzahler. Es passt ins Bild der vielen kleineren und grösseren Geldverschwendungen jahrein jahraus.

Wir kämpfen hier gegen eine geeinte und sehr starke Übermacht. Wir können nur noch hoffen, dass der Stimmbürger dieses Täuschungsmanöver mit dem sogenannten Gegenvorschlag und vor allem auch dieses 'Buebetrickli' mit dem Erfahrungsbonus durchschaut und sieht, dass der sogenannte Gegenvorschlag und auch diese Botschaft einzig zur Verhinderung der wirkungsvollen Initiative dienen soll.

Und da wären wir beim letzten Punkt: Was ich unter einer guten Zusammenarbeit verstehe. Man hat unser Anliegen, die Löhne der Exekutive endlich auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren, jahrelang ignoriert. Es erstaunt darum nicht, dass bei der Lancierung der Initiative sofort Massnahmen zur Verhinderung derselben ergriffen wurden. Jedoch hätte ich spätestens dann erwartet, dass man auf uns zukommt, den Dialog sucht und wenigstens versucht, gemeinsam eine Lösung zu finden. Obwohl sich die Initianten sehr stark mit der Thematik beschäftigt haben, wurden wir nicht einbezogen. Und jetzt nennen Sie das Vehikel 'Gegenvorschlag', obwohl Sie unser Anliegen nicht aufnehmen. Ich hoffe, der Stimmbürger durchschaut dieses Spiel und wird an der Urne für die nötigen Korrekturen sorgen.

Masshalten ist das Gebot der Stunde. Wir machen das mit einem klaren 'Ja' zur Initiative und einem wuchtigen 'Nein' zu diesem unausgereiften Gegenvorschlag."

Gemeinderat Matthias Hotz: "Ich spreche spontan und im eigenem Namen, weil ich von Gemeinderat Marty dazu aufgefordert wurde. Eigentlich habe ich mir vorgenommen, heute nichts zu sagen, weil der GPK-Sprecher, Gemeinderat Peter Hausammann, alles schon perfekt gesagt hat.

Gemeinderat Marty fragt mich, warum beim Lohn des Stadtmanns in den letzten Jahren offenbar keine Anpassungen stattgefunden haben. Die Fakten sind, dass die GPK sich im Jahr 2007, wie wir alle wissen, das letzte Mal eingehend mit den Löhnen der Pensen des Stadtrates beschäftigt hat. Das wurde heute auch bereits mehrfach erwähnt. Es gab damals eine Pensenanpassung der nebenamtlichen Stadtratsmitglieder, also keine Lohnanpassung. Wir haben damals auch festgehalten, dass die prozentuale Aufteilung unter den einzelnen nebenamtlichen Stadtratsmitgliedern immer zu Beginn einer Legislatur der GPK Finanzen und Administration zu unterbreiten ist. Dies haben wir auch so gemacht. Bei Beginn dieser laufenden Legislatur haben wir von den nebenamtlichen Stadtratsmitgliedern die interne Aufteilung erhalten. Wir haben dies überprüft und so für gut befunden.

Bei der Diskussion im Jahr 2007 haben wir uns vor allem bezüglich dieser Pensen auf die nebenamtlichen Stadtratsmitglieder bezogen. Wir haben auch festgehalten - ich habe hier mein Votum vom 13. Juni 2007, im Rahmen dessen ich namens der GPK gesagt habe: *'Bezüglich der Besoldung des Stadtmanns sieht die GPK zurzeit keinen Handlungsbedarf'*. Das habe ich hier so gesagt. Und tatsächlich hat sich die GPK seither nicht mit dem Lohn des Stadtmanns befasst, bis jetzt diese laufende Diskussion mit der Initiative und der Motion ins Rollen kam. Also wir haben keinen massgeblichen Einfluss genommen.

Warum hat es keine Erhöhung gegeben? Der einzige Grund für eine Erhöhung wäre für mich eine Teuerung gewesen. Wenn Sie den Landesindex für Konsumentenpreise anschauen, sehen

Sie, dass es in den letzten Jahren keine Teuerung gegeben hat. Das ist für mich die einzige Erklärung. Es hat keine Teuerung geben und darum wurde offenbar dieser Lohn auch nicht angepasst.

Damit komme ich zum Schluss und ich möchte noch einmal betonen, dass die Hauptstossrichtung dieses Gegenvorschlags, der hier von den Initianten jetzt kritisiert wird, nicht eine Korrektur im Lohnniveau ist, sondern vielmehr ein klares, faires, vernünftiges und transparentes Besoldungsreglement für den Stadtrat. Damit soll ein Kontrapunkt zur - und ich wiederhole das - extremen, unfairen und pauschalen Lohnsenkungsinitiative gesetzt werden. Ich bitte Sie deshalb, die Anträge der Botschaft gutzuheissen und ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

Gemeinderat Peter Hausammann: "Nur zwei, drei Bemerkungen zum Votum von Kollege Gemperle vom Initiativkomitee. Man wolle eine personenunabhängige Diskussion über die Besoldung, ist gesagt worden. Aber was passiert im nächsten Satz?! Man muss dann doch personenbezogen argumentieren - warum weiss niemand. Es ist klar, das neue Besoldungsreglement ist nicht für die nächsten fünf bis sechs Jahre - das ist für die nächsten 30 Jahre. Deshalb kann man doch nicht argumentieren, dass bei dessen Inkrafttreten diejenigen Stadtratsmitglieder, die schon lange im Amt sind, nicht eine maximale Besoldungsreduktion hätten, so wie sie maximal gemäss diesem Reglement möglich ist. In ein paar Jahren, wenn von diesen fünf Damen und Herren niemand mehr im Amt ist, kommt das voll zum Tragen. Dann beginnen alle mit dem Minimallohn. Ich komme jetzt nicht wieder mit dem Regierungsrat und weiss nicht was. Alle fünf können sowieso nicht Regierungsrat werden. Ja gut, theoretisch schon, aber man will wahrscheinlich doch nicht fünf Frauenfelderinnen und Frauenfelder, was ich verstehe.

Im Übrigen, die sechs Argumente, die ich namens der GPK vorgebracht habe, wurden wohlweislich nicht genannt. Die können nicht widerlegt werden.

Aber vielleicht noch zum Vorwurf, der Erfahrungszuschlag sei ein 'Buebetrickli'. Natürlich müssen Sie das machen, denn Sie haben als Initianten keine Freude, wenn Sie da lesen 'Anfangsbesoldung minus 12,75%/minus 11,2%', weil da die Leute doch denken, da passiert etwas. Ich finde auch, man muss da ein bisschen runter gehen. Und dann wollen Sie jetzt einfach daraus ein 'Buebetrickli' machen. Dies wäre dann gerechtfertigt, wenn wir nur immer mit diesen Zahlen argumentieren würden. Das tun wir überhaupt nicht. Es steht gerade darunter, es steht auch im Text: Das ist die Anfangsbesoldung. Und nach zehn Jahren haben wir die Maximalbesoldung und dann haben wir kleinere Reduktionen, nämlich 4% oder minus 2,35%.

Ich habe an der letzten Sitzung gesagt, wenn man einen Durchschnittswert nehmen will, unter der Annahme, dass man drei Legislaturen macht - man kann da auch etwas anderes sagen, aber drei Legislaturen sind wahrscheinlich vernünftig -, dann haben wir minus 8% und minus 6,4%. Das haben wir immer offengelegt. Diese Durchschnittszahlen sind nicht einfach nichts. Ich habe Sie damals an der letzten Sitzung gefragt, Kollege Gemperle, hätten Sie Freude, wenn man ihren Lohn um 8% reduziert. Das ist doch etwas und das ist kein 'Buebetrickli'. Das ist eine saubere, klare, prägnante Ausgangslage. Natürlich kann man diskutieren und sagen, wir hätten lieber nicht diesen Erfahrungszuschlag. Aber dann hätten Sie kommen können, Kollege Gemperle, und damit komme ich zu diesem, wie soll ich sagen, ein bisschen blöden Vorwurf, man sei nicht auf Sie mit dem Gegenvorschlag zugekommen. Sie sind nicht der Kaiser von China! Und Sie wissen seit September 2012, dass ein Gegenvorschlag im Anzug ist. Damals habe ich die Motion eingereicht und seit diesem Zeitpunkt steht dies im Raum. Wir haben miteinander sogar diskutiert und korrespondiert, zwar nicht direkt zu diesen Themen. Kollege Marty, der andere Exponent, den

kenne ich. Mit dem trinke ich hie und da ein Bier - nicht nur die Menga machte das. Wir können über alles sprechen. Von Ihnen beiden habe ich während dieser Zeit auch nicht nur eine kleinste Regung in der Richtung erhalten, dass Sie für einen Kompromiss bereit seien, der diesen Namen verdienen würde. Das hat sich dann auch im Rat gezeigt. Gut, der Rat hat beschlossen, dass die GPK das macht und nicht eine Kommission, in der allenfalls einer von Ihnen Einsitz hätte finden können. Ob Sie allenfalls in diese hinein gewählt worden wären, stellt eine andere Frage dar. Aber im Rat hätten Sie vernünftige Kompromisslösungen machen können.

Wenn Sie schon sagen, wir wollen diesen obligatorischen zehnjährigen Erfahrungszuschlag nicht, dann hätten Sie sagen können: 'Okay, die Zahlen habe ich Ihnen geliefert, dann wollen wir halt, dass man diesen Durchschnittswert von Anfang an festlegt'. Oder Sie hätten eine andere vernünftige Zahl bringen können, aber nein, Sie haben mehr oder weniger einfach das gebracht, was in der Initiative ist. Da macht es keinen Sinn über einen Kompromiss zu diskutieren, weil es das Durchsetzen des eigenen Anspruchs ist. Dann müssen Sie nicht nachher zu uns kommen und uns vorwerfen, wir hätten einen Kompromiss verneint. Dann haben wir halt den Vorschlag selber gemacht. Und weiter noch, man hätte Ihnen jahrelang irgendetwas verwehrt. Ich weiss nicht, was und wann da irgendetwas in dieser Richtung geschehen sein soll. Ich weiss nur, 2007 bei der Diskussion waren es nicht Sie, sondern 'Chrampfe und Hirne' hat in der Kommission die Frage der Verknüpfung des Lohnes des Stadtammanns mit dem Obergerichtspräsidiums angesprochen - also 'Chrampfe und Hirne' und nicht ein 'Bund'."

In Anbetracht, dass in der Abstimmungsbotschaft noch zwei Änderungen angebracht werden wollen, erteilt der **Ratspräsident** Gemeinderat Fredi Marty das Wort.

Gemeinderat Fredi Marty: "Ich stelle folgenden Streichungsantrag:

Auf Seite 5 der Abstimmungsbotschaft sei der letzte Satz im Kapitel *Lohnvergleiche* zu streichen. Der Satz lautet: *'Der Frauenfelder Stadtammann verfügt beispielsweise über keine persönlichen Mitarbeitenden oder Stabspersonal, an die präsidiale Projekte delegiert werden könnten, und leitet die Abteilungen Zentralverwaltung und Finanzen sowie die Werkbetriebe (insgesamt 10 Ämter, Betriebe und Dienststellen)'*.

Kollege Gemperle hat vorher schon darauf hingewiesen, dass da reichlich Personal vorhanden ist. Ich begründe meinen Antrag:

Zuerst bitte ich die Redaktionskommission, zum besseren Verständnis dieses umständlich formulierten Satzes nach dem Modalverb *'können'* am Ende des eingeschobenen Relativsatzes ein Komma zu setzen. Dann versteht man diesen Satz möglicherweise. Ich danke Ihnen.

Die Verfasser - oder muss ich besser sagen - die 'verzweifelten Erfinder' dieses Arguments verwirren die Stimmberechtigten unnötigerweise. Sie wollen uns einen Personalengpass in der Abteilung Zentralverwaltung und Finanzen einreden. Dem ist nicht so! Darauf habe ich schon in meiner Einfachen Anfrage 'Stellenplafonierung bei der Stadt und Optimierung der Verwaltungsorganisation' hingewiesen. Die Antwort des Stadtrates war etwa gleich unbefriedigend wie diese Irreführung der Stimmbürger.

Stadtammann Carlo Parolari hat mehrere gut qualifizierte Mitarbeitende, an die er so genannte 'präsidiale Projekte' - ich nehme an, das sind wichtige Projekte - delegieren kann. Früher oblag

die Bearbeitung dieser Projekte dem Leiter Präsidialamt. Diese Funktion wurde vor Jahren aufgeteilt. Nun gibt es einen Leiter Stadtentwicklung und Standortförderung sowie einen Verantwortlichen für die Kulturförderung. Sodann steht der Stadtschreiber dem Stadtammann als engster Mitarbeiter mit Rat und Tat zur Seite. Dessen Wirken entfaltet sich weit über das Verfassen von Stadtratsprotokollen und Mitgestalten von Botschaften hinaus; seiner hohen Qualifikation entsprechend kann dieser Kadermann auch für wichtige 'präsidiale Projekte' hinzugezogen werden. Zudem kann der Leiter Informationsdienst, wie zu Hans Bachofners Zeiten üblich, zusätzlich mit solchen Aufgaben betraut werden. Auch in der Stadtentwicklung sind personelle Ressourcen vorhanden: Statt planen und entwickeln in Richtung 'Frauenfeld 2030' ist die vermehrte Mitarbeit an konkreten Projekten angesagt.

Also bitte, geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen: Lasst uns diesen Satz streichen. Wir legen den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern in unserer Botschaft bessere Argumente vor, die entweder für die Initiative oder für den Gegenvorschlag sprechen. Ich danke Ihnen."

Der **Ratspräsident** bemerkt, dass die Mitteilung dieser gewünschten Korrektur angekommen ist, auch wenn Sie seiner Ansicht nach nicht korrekt ist. Er erachtet das gewünschte 'Komma' als gut. Es müsste danach aber noch ein 'er' eingesetzt werden. Er erteilt nun Gemeinderat Fredi Marty für dessen zweiten Antrag das Wort.

Gemeinderat Fredi Marty: "Ich stelle einen zweiten Antrag zur letzten Seite, wo steht wo steht '*Was passiert, wenn ...*'"

Das Kapitel '*Was passiert, wenn ...*' finde ich hervorragend. Das wird gelesen, vor allem von Stimmbürgern, die sich nicht die Lektüre der ganzen Botschaft antun wollen oder in dieser komplizierten Materie vielleicht nicht überall den Durchblick haben.

Aus Gründen der Fairness und vollständigen Information stelle ich Ihnen folgenden **Antrag**:

Analog zum Vergleich 'Heute/Initiative/Gegenvorschlag' auf Seite 12 muss beim möglichen Abstimmungsergebnis 'Nein zur Initiative/Ja zum Gegenvorschlag' auch *die Besoldung nach 10 Amtsjahren* aufgeführt werden; denn sowohl der Stadtammann als auch drei der vier nebenamtlichen Stadtratsmitglieder wären in der neuen Lohnskala bereits zuoberst angelangt, wenn sie ab Juni 2015 weiterhin im Amt bleiben sollten.

Fehlen diese Angaben, könnten die Abstimmenden meinen, der (weiterhin amtierende) Gesamtstadtrat bezöge nur noch das Anfangsgehalt gemäss dem neuem Reglement über die Besoldung der Mitglieder des Stadtrates.

Deshalb mein Vorschlag indem ich Ihnen folgende Darstellung beantrage:

Stadtammann

- bleibt im Amt: 243'068 Franken (bisher 253'238 Franken), minus 4%;
- neu im Amt: Anfangslohn 220'971 Franken (bisher 253'238 Franken), minus 12,8%.

nebenamtliche Stadträte (50%-Pensum)

- bleiben im Amt: 104'655 Franken (gilt für drei von vier Stadträten; bisher 107'154 Franken), minus 2,35%;
- neu im Amt: Anfangslohn 95'141 Franken (bisher 107'154 Franken), minus 11,2%.

Konsequenterweise müsste man das am Schluss so darstellen. Ich habe geschlossen."

Gemeinderat Pascal Frey: "Ich finde den zweiten Antrag von Gemeinderat Fredi Marty grundsätzlich richtig und kann diesen unterstützen, allerdings mit einem kleineren Unteränderungsantrag und zwar nicht 'bleibt im Amt', sondern '*nach 10 Amtsjahren (Maximallohn)*'. Besten Dank."

Gemeinderat Robert Zahnd: "Den zweiten Antrag kann ich auch unterstützen. Ich möchte aber, dass der Teil '*gilt für 3 Stadträte*' gestrichen wird, weil wir diese Übung personenneutral machen wollen."

Gemeinderat Peter Hausammann: "Ich spreche zum zweiten Antrag von Kollege Marty. Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Das ist eben genau wieder diese Vermischung der persönlichen Geschichten."

Wenn man etwas ändern will und sagt, es braucht hinten auch die zweite Position - da kann man darüber diskutieren, ob man das machen will, weil es weiter vorne steht -, müsste auch ein entsprechender Antrag gestellt werden. So wie der Antrag von Kollege Marty gestellt ist, geht das nicht. Dann soll er ihn bitte so stellen, dass er akzeptabel ist. Aber so bekommt er meine Stimme nicht. Konsequenterweise müssten dann, wenn man den Anfangslohn nimmt und sagt, man wolle es so machen wie auf Seite 12 der Abstimmungsbotschaft, auch die Spesen aufgeführt werden. Sie können noch so 'hornen' wie Sie wollen - die Initiative sagt einfach nichts zu den Spesen. Und man kann dann nicht einfach sagen: 'Ja, das Reglement würden wir dann nachher schon nehmen'. Wir beurteilen die Initiative, nachdem was sie vorschlägt, was Sie auf den Tisch gelegt haben und das ist die Maximalbesoldung und sonst nichts! Konsequenter wäre dann ein Antrag, indem man wie vorne sagt: 'Anfangslohn soviel Franken, Besoldung nach 10 Amtsjahren soviel Franken' und die dritte Zeile würde dann noch die Spesen beinhalten. Zu etwas anderem kann ich nicht 'Ja' sagen."

Nachdem seitens des Rates zu den diesen Anträgen keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, erteilt der **Ratspräsident** dem Stadtammann das Wort.

Stadtammann Carlo Prolari: "Nur ganz kurz zum ersten Antrag, der die Seite 5 betrifft. So wie der Satz hier in der Abstimmungsbotschaft steht, ist er inhaltlich - über das Formelle äussere ich mich nicht - in jeder Hinsicht absolut korrekt. Ich habe keine *persönlichen* Mitarbeitenden oder Stabsmitarbeitenden, die für mich arbeiten könnten. Selbstverständlich sind für diese zehn Ämter Leiter vorhanden. Das ist logisch, aber ich habe keine persönlichen Mitarbeitenden, wie das mein Vorgänger mit dem Leiter Präsidialamt ursprünglich gehabt hat. Dieses Amt wurde dann

mit vielen anderen Aufgaben gefüllt und besteht heute nicht mehr. Ich beanspruche zudem das Sekretariat der Stadtkanzlei vielleicht mit 5 bis 10%. Danke."

Der **Ratspräsident** lässt nun über den Antrag 1 von Gemeinderat Fredi Marty abstimmen.

Abstimmung Antrag 1: Der erste Antrag von Gemeinderat Fredi Marty wird mit 2 Ja- gegen 33 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Der **Ratspräsident** geht nun zur Abstimmung der gestellten Anträge, welche die Seite 16 der Abstimmungsbotschaft betreffen, über. Gemeinderat Robert Zahnd stellt vorgängig klar, dass er keinen Antrag gestellt habe. Somit werden die beiden Anträge von Gemeinderat Fredi Marty und Gemeinderat Pascal Frey einander in der nachfolgenden Abstimmung gegenübergestellt.

Gemeinderat Pascal Frey wiederholt seinen Antrag noch einmal, mit dem Hinweis, dass er bei den Lohnvergleichen neben dem Anfangslohn auch den Maximallohn nach 10 Jahren in den Kästchen auf Seite 16 der Abstimmungsbotschaft aufgeführt haben möchte.

Anträge Marty und Frey:

Auf den Antrag von Gemeinderat Fredi Marty entfallen 4 Ja-Stimmen und auf den Antrag von Gemeinderat Pascal Frey 10 Ja-Stimmen.

Der Antrag von Gemeinderat Pascal Frey hat somit obsiegt und wird nun der Fassung gemäss lachsfarbener Abstimmungsbotschaft zur Abstimmung gegenübergestellt.

Abstimmung Antrag Frey und Fassung gemäss lachsfarbener Abstimmungsbotschaft:

Der Antrag von Gemeinderat Pascal Frey vereinigt 22 Ja-Stimmen auf sich. Die Abstimmungsbotschaft gemäss lachsfarbenem Papier der GPK erhält 14 Ja-Stimmen.

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass der Antrag von Gemeinderat Pascal Frey gegenüber der Fassung der lachsfarbenen Abstimmungsbotschaft obsiegt hat. Die lachsfarbene Abstimmungsbotschaft wird somit auf Seite 16 entsprechend dem Antrag von Gemeinderat Pascal Frey geändert.

Nachdem nun alle materiellen Punkte besprochen und bereinigt sind, geht der **Ratspräsident** zu den Abstimmungen der vier stadträtlichen Anträge auf der Seite 10 der Botschaft Nr. 25 des Stadtrates an den Gemeinderat vom 9. Juli 2013 über. Über die vier Anträge wird separat abgestimmt.

- Abstimmung Antrag 1:** Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.
- Abstimmung Antrag 2:** Auf den Antrag 2 entfallen 33 Ja- und 2 Nein-Stimmen, bei 1 Enthaltung.
- Abstimmung Antrag 3:** Mit dem genau gleichen Ergebnis wird Antrag 3 angenommen, nämlich 33 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen, bei 1 Enthaltung.
- Abstimmung Antrag 4:** Unter Berücksichtigung der auf Seite 16 angenommenen Änderung gemäss Antrag Frey wird der stadträtliche Antrag 4 mit 34 Ja- gegen 2-Nein-Stimmen angenommen.

Der Gemeinderat beschliesst:

1. Die kommunale Volksinitiative "200'000 Franken sind genug" wird gültig erklärt.
2. Die kommunale Volksinitiative "200'000 Franken sind genug" wird dem Volk unterbreitet und zur Ablehnung empfohlen.
3. Dem Volk wird das Reglement über die Besoldung der Mitglieder des Stadtrates unter Einbezug der beschlossenen Änderungen als direkter Gegenvorschlag gegenübergestellt und zur Annahme empfohlen.
4. Die Abstimmungsbotschaft betreffend die kommunale Volksinitiative "200'000 Franken sind genug" wird unter Berücksichtigung der an der heutigen Sitzung beschlossenen Änderung genehmigt.

- - -

Der Entscheid über die Gültigkeit (Ziffer 1 des Antrags) unterliegt gemäss Artikel 13 Abs. 3 GO dem Rekursrecht. Ein Rekurs ist innert 20 Tagen mit Antrag und Begründung an das Departement für Inneres und Volkswirtschaft des Kantons Thurgau zu richten.

- - -

Der **Ratspräsident** hält abschliessend fest, dass die Abstimmungsgrundlage für die Urnenabstimmung vom 24. November 2013 vollständig beraten ist. Die heutige Tagesordnung ist somit ebenfalls durchberaten. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 18. September 2013, Beginn 18.00 Uhr, statt.

Der **Ratspräsident** drückt die Hoffnung aus, dass man sich schon vorgängig trifft, sei es am Fussballmatch Gemeinderat gegen Stadtverwaltung, am Parlamentariertreffen in Arbon oder an den diversen Energieveranstaltungen.

Ein Dank ergeht an alle Ratsmitglieder für das aktive Mitdiskutieren und an die Stadtgärtnerei für den schönen Sonnenblumenschmuck im Ratssaal.

- - -

Schluss der Sitzung: 19.40 Uhr

* * *

